



Liebe Leserinnen und Leser,

soziale Gerechtigkeit ist das Thema unserer Zeit. Für mich bedeutet das vor allem, den Menschen soziale Sicherheit zu geben. Darum geht es, wenn Martin Schulz und die SPD über Bürgerversicherung, Rentenkonzepte und gute Arbeit reden.

Vieles kann nur auf Bundesebene geändert werden. Wenn es aber um gute Arbeit geht, dann sollen unsere Verwaltungen und Landesunternehmen Vorbild sein. Deswegen werden wir nach den notwendigen Jahren des Sparens die Löhne im öffentlichen Dienst bis 2021 wieder an den Bundesdurchschnitt anpassen.

Genauso wichtig ist es, Leistungen der Daseinsvorsorge wieder in kommunaler Hand zu halten. Zum Beispiel bei der Charité: Wir werden das CFM-Servicepersonal in eine 100%-ige kommunale Tochter zurückholen und in einem ersten Schritt die Löhne auf 11 Euro anheben. Ab 2019 ist die CFM wieder kommunal und wir wollen schrittweise zu branchenüblichen Tarifen kommen.

Dieser Senat steht für gute Arbeit. Das haben wir versprochen. Das halten wir.

Ihr
Michael Müller
Regierender Bürgermeister

Mit frischem Wind und guten Themen in den Bundestag: der Kandidat der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Tim Renner

Foto: Olaf Heine

Die Partei der Zukunft

Tim Renner: Wie die SPD die Wahl gewinnen und das Land verändern wird

Schluss mit „weiter so“. Die Menschen wissen, was los ist: Digitalisierung, Globalisierung und demographischer Wandel verursachen eine rasante Veränderung von Arbeit, Kommunikation, Sicherheit und Gesellschaft. Manchen macht das Angst, denn Zukunft muss man gestalten.

Wir können das. Egal, ob mit Sozialgesetzgebung nach der Industriellen Revolution, der Ostpolitik nach dem Wiederaufbau oder der Reformpolitik nach Kohls Stillstands-Jahren – die SPD ist die Partei der Zukunft.

Jetzt heißt es wieder „in die Hände spucken und anpacken“. Wir wollen, wir werden die Zukunft gestalten.

Die Welt der Arbeit wird

sich weiter verändern. Wenn immer häufiger Maschinen und Algorithmen Menschen ersetzen, dann muss ein Teil der damit entstehenden Unternehmensgewinne dafür eingesetzt werden, die Grundversicherung für alle deutlich anzuheben und Weiterbildung zu ermöglichen. Der Gewinn für alle wird mehr Geld, Bildung oder Zeit und eine Aufwertung der sozialen Berufe sein – die kann man nämlich nicht durch Maschinen ersetzen.

Die Welt der Kommunikation hat sich bereits verändert. Sie hat sich digitalisiert. Aber leider wurde dabei vergessen, dieselben Rechte wie in der wirklichen Welt durchzusetzen. Ein Veranstalter ist verantwort-

lich für das, was auf seiner Veranstaltung passiert, eine Internet-Plattform muss das ebenso sein. Und vor allem müssen unsere Kinder und Enkel darauf vorbereitet werden, in dieser digitalen Welt zu leben, mit Maschinen zu konkurrieren oder zu kooperieren. Das geht nur mit einer echten Bildungsreform, die der Bund mitfinanziert. Das Kooperationsverbot muss deshalb fallen.

Die Weltlage ist instabil geworden, und das nicht erst seit Trump.

Europa kann die einzige Antwort darauf sein. Europa wird aber nur funktionieren, wenn es mehr ist als ein Wirtschaftsraum. Ein wirklich geeintes Europa wäre solidarisch, würde für sozialen Ausgleich unterein-

ander sorgen und hätte eine gewählte Regierung. Dieses Europa wäre nicht nur Heimat, sondern unser größter Garant für Sicherheit.

Es ist toll, dass sich immer mehr Menschen selbst verwirklichen können, als sogenannte Solo-Selbständige ihr Ding durchziehen. Viele tun das ohne Netz und doppelten Boden. Alle brauchen aber eine Absicherung für Rente und den Krankheitsfall. Unsere Bürgerversicherung ist das Mittel, das dieses Problem auf einen Schlag löst.

Lasst uns dafür sorgen, dass am 24. September die Zukunft beginnt.

Tim Renner
www.bundesrenner.de

TR

IN DIESER AUSGABE

Literarisches Jubiläum

Die Abgeordnete Franziska Becker lädt zur 15. Lesung in ihr Wahlkreisbüro

Seite 2

Sicher im Alter

Die SPD stellt ihr Rentenkonzept vor

Seite 3

Eine Institution im Wilmersdorfer Süden

Politik-Promis und Musik beim Kiezfest am Rüdeshheimer Platz

Seite 7

Unzertrennlich: Berlin und Hertha

Die neuen Pläne für das Olympiastadion

Seite 8

Aus dem Bundestag

Sven Schulz, MdB, berichtet über ein Förderprogramm für Kitas auch in Charlottenburg

Seite 8

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR BRIEFWAHL

Ab dem 14. August werden die Wahlbenachrichtigungskarten für die Bundestagswahl verschickt. Auf der Kartentrückseite befindet sich der Antrag zur Wahl per Brief. Auch online kann dieser bei den Bezirkswahlämtern gestellt werden. Doch was gibt es bei der Briefwahl überhaupt zu beachten?

Muss ich einen Grund für die Briefwahl angeben?
Nein.

Wie viele Stimmen habe ich?
Zwei. Auf der linken Seite des Stimmzettels wählen Sie mit der Erststimme einen Direktkandidaten aus Ihrem Wahlkreis. Rechts kreuzen Sie mit der Zweitstimme die Landesliste einer Partei an und bestimmen so das Kräfteverhältnis im Bundestag.

Und dann?
Nach erfolgter Wahl kommt der Stimmzettel in den blauen Umschlag. Danach unbedingt die eidesstattliche Erklärung unterschreiben (Ort und Datum nicht vergessen). Blauer Umschlag und Wahlschein kommen in den roten Umschlag. Der Brief muss innerhalb Deutschlands nicht frankiert werden.

Kann ich aus dem Ausland per Brief wählen?
Ja, hier muss der Brief ausreichend frankiert sein und spätestens am 24. September um 18 Uhr beim zuständigen Bezirkswahlamt vorliegen. Am besten per Luftpost versenden.

Gerechtigkeit. Zukunft. Europa.

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

vieles läuft gut in unserem Land und das verdanken wir den Menschen, die sich reinhängen und die sich engagieren. Dafür haben sie Respekt verdient, egal ob sie Busse fahren, auf unsere Kinder aufpassen oder uns medizinisch versorgen. Nicht immer geht es gerecht zu – und das wollen wir ändern!

Gerechtigkeit zu schaffen, heißt Politik zu machen, die bei den Menschen ankommt. Mir ist es wichtig, dass wir die zentralen Fragen unserer Zeit endlich

mutig anpacken! Dass wir gerechte Bildungschancen schaffen und den Wandel im Alltag und in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung zu einem Erfolg machen. Dass wir die Rente sichern, ohne die junge Generation über Gebühr zu belasten.

Die SPD hat ein umfangreiches Regierungsprogramm verabschiedet. Wir liefern Lösungen, Vorschläge, Ideen. Das unterscheidet uns von so manch anderer Partei, die für sich einen Regierungsanspruch erhebt, aber in Wirklichkeit seit Jahren nur den Status quo verwaltet.



Foto: Benno Kraehahn

Lassen Sie uns anspruchsvoll sein. Lassen Sie uns investieren: in Schulen, Straßen, Forschung, schnelles Internet und in neue Wohnungen. Es geht

auch um unsere Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen. Unsere Kinder haben ein gutes Leben in Sicherheit verdient – mit einer sauberen Umwelt, einer lebendigen Demokratie und mit Perspektiven für ihr eigenes Leben.

Lassen Sie uns gemeinsam für mehr Gerechtigkeit sorgen, die Zukunft gestalten und für ein besseres Europa kämpfen.

Ihr Martin Schulz

Das Regierungsprogramm der SPD finden Sie auf www.spd.de/programm

Kulturelles Jubiläum in der Fechnerstraße 6a

Franziska Becker lädt zur 15. Lesung in ihr Wahlkreisbüro ein – Thema des Abends war Erich Kästner, der am Prager Platz lebte.

Die Wilmersdorfer Abgeordnete Franziska Becker veranstaltet seit 2014 in ihrem Wahlkreisbüro literarische Abende mit Autorinnen und Autoren.

Trotz des sommerlichen Wetters kamen am 20. Juni zahlreiche Wilmersdorferinnen und Wilmersdorfer in das Wahlkreisbüro von Franziska Becker.

Die 15. Lesung von „Literatur, Politik&Biographie aus unserer Nachbarschaft“ war ein Kulturabend über den Schriftsteller und Kinderbuchautor Erich Kästner, der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Wahlkreisbüro am Prager Platz lebte und neben Gedichten berühmte Bücher wie „Emil und die Detektive“, „Das fliegende Klassenzimmer“ oder den Erwachsenen-Roman „Fabian“ schrieb. Der Wilmersdorfer



Die Abgeordnete Franziska Becker mit dem ehemaligen Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (2. v.l.), dem Schriftsteller Horst Bosetzky (-ky) und Klaus-Jürgen Tillmann, mit dem sie die Lesungen konzipiert und durchführt. Foto: Anja Kehmeier

fer „Stimmspieler und Schauspieler“ Dirk Lausch machte den Abend ein weiteres Mal – nach Kurt Tucholsky im März – zu einem besonderen kulturellen Erlebnis.

Seit Oktober 2014 lesen Autorinnen und Autoren aus ihrer eigenen oder selbst geschriebenen Biographie, etwa die ehemalige Chefin der Stasi-Unterlagenbehörden

de Marianne Birthler, Inge Deutschkron, die ihre berühmte Bundestags-Rede zum Holocaust-Gedenktag noch einmal las oder Gunter Hofmann über das Verhältnis von Willy Brandt und Helmut Schmidt sowie die ehemalige Berliner Kultursenatorin Dr. Anke Martiny († 2016).

Eine weitere Reihe befasste sich mit Berliner Zeitzeugen nach 1945. Zu Gast waren Horst Bosetzky (-ky), Jutta Rosenkranz mit einer Lesung über die Schriftstellerin Mascha Kaléko sowie Knut Nevermann und der frühere Regierende Bürgermeister Walter Momper.

In diesem Jahr steht der lokale Akzent mit „Literaten aus unserer Nachbarschaft“ im Focus: Nach Kästner und Tucholsky gab es einen Abend über Else Üry und einen über Heinrich Mann. Sie alle leb-

ten zeitweise in Wilmersdorf, Charlottenburg oder im benachbarten Schöneberg.

Franziska Becker kooperiert mit der Buchhandlung Ferlemann&Schatzter aus der Güntzelstraße, die zu jeder Lesung einen Büchertisch anbieten. Mehr als 500 Wilmersdorfer Nachbarn besuchten bislang die Lesungen, was für Franziska Becker ein klarer Beweis ist, dass ihr Wahlkreisbüro im Kiez gut verankert ist. Unterstützt wird sie bei der Autoren-Auswahl durch den emeritierten Professor Klaus-Jürgen Tillmann, mit dem sie die Fortführung der Lesereihe nach der Sommerpause plant.

Nähere Infos zu den Lesungen finden Sie unter: www.becker2011.de

FB

KONTAKT

Wahlkreisbüro
Franziska Becker, MdB
 Fechnerstraße 6a
 10717 Berlin
 Telefon 863 19 653
franziska.becker@spd.parlament-berlin.de
www.becker2011.de

Öffnungszeiten:
 Mo 10.00–17.00 Uhr
 Di 10.00–14.00 Uhr
 Do 10.00–18.00 Uhr

Sprechstunden:
 jeden 3. Freitag/ Monat
 (16.00 -17.00 Uhr)
 im Foyer des Bundesplatz-Kinos (U+S Bundesplatz) und auf Anfrage im Wahlkreisbüro

Termine:
www.becker2011.de/show/6268679.html

Sicher in Berlin

Neue Rahmenbedingungen im Sicherheitsbereich bedürfen neuer Antworten

Jüngst folgten rund 40 Bürgerinnen und Bürger der Einladung der SPD Charlottenburg-Nordost, um gemeinsam mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh und dem Abgeordneten für Charlottenburg-Nord Frédéric Verrycken über Sicherheitspolitik in Berlin zu diskutieren.

Dabei kam insbesondere das Thema Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung zur Sprache. Auch schwierige Fragen der Sicherheitspolitik wie die flächendeckende Videoüberwachung und das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit waren Gegenstand der Diskussion.

Außerdem ging es um Prävention von Kriminalität und Terrorismus. Dabei wurde betont, dass sich die Probleme nicht allein durch repressive Maßnahmen lösen lassen. Klar war für alle, dass der Sport ein ganz wichtiges Präventionsmittel gegen Gewalt und Hass darstellt.

Es wurde auch deutlich, wie eng die soziale Frage mit der Sicherheitsthematik verbunden ist. Arbeits- und Perspektivlosigkeit führen nicht zu Kriminalität; schlechte Bildungs- und Aufstiegschancen befördern dies. Diskriminierung und eine geringe gesellschaftliche Teilhabe sind ebenfalls Problemfelder, mit denen sich Politik und Gesellschaft intensiv ausein-



Die gut besuchte Informationsveranstaltung zeigt, wie wichtig das Thema der Öffentlichen Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ist. Foto: Michael Groys

andersetzen müssen. Sicherheitspolitik wird die Parteien sowohl im kommenden Bundestagswahlkampf als auch in den folgenden Jah-

ren beschäftigen. Schwierige Fragen über das Verhältnis von Sicherheit zur Freiheit und umgekehrt müssen intensiver diskutiert werden.

Dieser Abend war in jedem Fall ein guter Auftakt zu diesem Prozess.

MG/FS

KONTAKT

Kiezbüro
Frederic Verrycken, MdB
 Taurogger Str. 45
 10589 Berlin
frederic.verrycken@spd.parlament-berlin.de

Öffnungszeiten:
 Mo 9.00–14.00 Uhr
 Di 12.00–17.00 Uhr
 Mi 9.00–14.00 Uhr
 Do 16.00–19.00 Uhr
 Fr 10.00–15.00 Uhr

VERANSTALTUNGEN

Am Mittwoch, den 12. Juli ab 13.00 Uhr lädt Frédéric Verrycken gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz zu einem Stadtteiltag im Charlottenburger Norden ein. Anmeldung unter 030/2325 1346 oder frederic.verrycken@spd.parlament-berlin.de

Neue Ideen für den Gerhart-Hauptmann-Park

Mehr Aufenthaltsqualität für die Kultur- und Erholungsfläche im Herzen der City-West.

Die Bürgerinitiative Quartier Fasanenplatz hat am 11. Juni 2017 im Haus der Berliner Festspiele der Öffentlichkeit einen Masterplan zur Umgestaltung des Gerhart-Hauptmann-Parks vorgestellt. Es handelt sich dabei um ein spannendes Konzept zur Aufwertung der Umgebung und zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität.

Es ist erfreulich, dass die Berliner Festspiele, die Bar jeder Vernunft, die Universität der Künste und die Bürgerinitiative gemeinsam an einem Strang ziehen. Das langjährige Engagement der Bürgerinitiative ist vorbildlich. Die SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf unter-

stützt die aktuellen Umgestaltungsvorschläge.

Denn gemeinsames Ziel ist es, dass dieser Bereich hier auch in Zukunft als Kultur- und Erholungsfläche genutzt

und nicht für andere Zwecke zugebaut wird. Zwar wird auch weiterhin dringend weiterer Wohnraum in der Stadt und insbesondere im Bezirk benötigt, doch an dieser Stel-

le ist eine derartige Bebauung und Verdichtung nicht zielführend. In der Vergangenheit haben hier leider Investoren mit ungeschönen Maßnahmen agiert, zu nennen ist hier unter anderem zeitweise die Sperrung der Zufahrt zu den Berliner Festspielen.

Um die weitere Umgestaltung des Areals voranzubringen, hatte die SPD-Fraktion zuletzt einen Antrag in die BVV eingebracht (Drs. 0087/5), um als nächsten Schritt den Bereich des Gerhart-Hauptmann-Parks entlang der Meierottostraße im Bebauungsplan nun planungsrechtlich als Grünfläche abzusichern. Andere Fraktionen sind dem Antrag beigetreten und dieser ist

im April einstimmig von der BVV beschlossen worden.

Wichtig wird es nun sein, dass für den Erwerb der restlichen im privaten Besitz befindlichen Fläche entsprechende Mittel von der Landesebene bereitgestellt werden und der Bund die Baumaßnahmen finanziert. Hierfür wird die SPD-Fraktion bei den entsprechenden Verantwortlichen werben. Für die Pflege des Parks bedarf es zudem kreativer Finanzierungslösungen. Die SPD-Fraktion steht in engem Austausch mit der Bürgerinitiative Fasanenplatz und freut sich auf die weitere gute Zusammenarbeit mit allen Beteiligten vor Ort.

LS



Podiumsdiskussion zur Vorstellung des Umgestaltungsplanes: Lothar Saßen (r.), stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf. Foto: Ines Saßen

KONTAKT ZUR SPD-FRAKTION

Tel.: 90 29-149 07
info@spd-fraktion-cw.de
www.spd-fraktion-cw.de

Sprechzeiten:
 Mo-Do: 10.00–12.00 Uhr
 Do (vor der BVV): 14.00–16.00 Uhr
 Fr (nach der BVV): 10.00–12.00 Uhr

VERANSTALTUNGEN

Fraktion vor Ort
 Freitag 14.07.2017
 von 16.30- 18.30 Uhr
 in der Wilmersdorfer Straße

„Damit die Enkel ooch noch wat kriegen“

Ein Gespräch zweier Generationen über die Rente

Die Pankowerin Irmgard Schneider* (78) hat mit 14 Jahren ihre Ausbildung bei der DDR-Post angefangen, danach „durchjeackert“, bis sie 1999 mit 60 in Rente ging. Das Niveau ihrer Rente betrug damals ca. 50 Prozent ihres Verdienstes.

Ihr Enkel David H. (27) hat gerade seinen Job nach der Uni angefangen und würde nach geltendem Recht bei seinem Renteneintritt in 40 Jahren nur gut 40 Prozent seines Verdienstes bekommen.

Ein Gespräch über Renten-gerechtigkeit.



Wie sieht die Rente der Zukunft aus? David im Gespräch mit seiner Oma.

Foto: Christina Bauermeister

SB: Finden Sie das jetzige Rentensystem gerecht?

Irmgard Schneider: Nein. Die heutige Generation hat doch gar nicht mehr die Chance, 40 Jahre in einem Beruf zu bleiben.

David H.: Das stimmt. Meine Generation hat mehr Unterbrechungen im Arbeitsleben, etwa durch die Suche nach dem ersten Job nach dem Uniabschluss, befristete Arbeitsverträge oder weil man einfach mal eine Auszeit braucht. Das schlägt sich natürlich später in der Rentenhöhe nieder.

SB: Die SPD will die Rente wieder verlässlich machen – mit einem gesicherten Rentenniveau von 48 Prozent und einer Begrenzung des Rentenbeitragssatzes auf max. 22 Prozent. Halten Sie das für eine gute Lösung?

Irmgard: Das Konzept ist schon gut durchdacht. Aber lässt sich das auch finanzieren?

David: Wenn in gut zehn Jahren die „Babyboomer“ in Rente gehen, verändert sich das Verhältnis von Renteneinküfern und Beitragszahlern deutlich. Die SPD

will diese „Lücke“ durch einen steuerfinanzierten Zuschuss schließen. Das macht Sinn. Keinen Sinn machen für mich immer höhere Beiträge, so dass vom Lohn kaum noch etwas übrig bleibt.

Irmgard: Gerade diejenigen, die kein großes Einkommen haben, sind auf eine verlässliche und auskömmliche staatliche Rente angewiesen. Mein anderer Enkel ist Pfleger und hat zwei Kinder. Er kann gar nicht nebenher noch privat vorsorgen.

SB: In der Union wird ge-

rade über die Rente mit 70 nachgedacht ...

Irmgard: Das ist für mich Spinnerei. Das ist gar nicht möglich. Die Menschen sind so ausgepowert und zwar nicht nur jene, die schwer körperlich arbeiten müssen.

David: Zu den Veränderungen in der Arbeitswelt gehört auch zunehmender Druck und Stress. Eine Rente mit 70 finde ich deshalb ziemlich utopisch.

SB: Können Sie junge Leute verstehen, die sagen, dass sie kein Vertrauen mehr in die Rente haben?

Irmgard: Das kann ich nachvollziehen. Ich komme mit meiner Rente von 1.500 Euro monatlich sehr gut aus. Meine drei Enkel wissen ja nicht mehr, ob sie am Ende überhaupt noch etwas kriegen.

David: Ich selbst habe das Vertrauen in die staatliche Rente verloren. Ich würde mir das Konzept der SPD wünschen. Dann würde ich die Abzüge auf dem Lohnschein für die Rente wieder positiver wahrnehmen. Natürlich wäre ein höheres Rentenniveau als 48 Prozent

wünschenswert, aber dann wird es mit der Finanzierung schwierig. Heute finanziere ich – bildlich gesprochen – zusammen mit meinem Cousin Omas Rente.

Irmgard (unterbricht): Die habe ich mir alleine verdient.

David (lacht): In Zukunft wird sich das Verhältnis komplett umdrehen. 2040 wird jeder Dritte in Deutschland selbst Rentner sein.

CB

* Name geändert

DAS RENTENKONZEPT DER SPD KURZGEFASST:

- **Garantiertes Rentenniveau von mindestens 48 Prozent bis 2030**
- **Begrenzung des Beitragssatzes auf 22 Prozent bis 2030**
- **Mit dem steuerfinanzierten Demografiezuschuss werden auch höhere Einkommen angemessen an der Finanzierung beteiligt.**
- **Einführung einer gesetzlichen Solidarrente für langjährig Beschäftigte (35 Beitragsjahre oder länger), die 10 Prozent über dem durchschnittlichen Grundversicherungsanspruch am Wohnort liegt**
- **Einbeziehung bisher nicht versicherter Selbstständiger**

„Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit“

Innensenator Andreas Geisel im Stadtblatt-Interview zur inneren Sicherheit

SB: Herr Geisel, wie lassen sich aus Ihrer Sicht die Themen Sicherheit und Gerechtigkeit miteinander verbinden?

Andreas Geisel: Beide Themen sind eng miteinander verbunden. Sicherheit darf niemals nur eine Sache für einige Wenige sein, die sie sich leisten können. Der Staat hat die Aufgabe, alle zu schützen – unabhängig vom Einkommen. Sicherheit ist das Fundament für soziale Gerechtigkeit.

Die SPD will in der aufgeheizten Debatte zur inneren Sicherheit die Stimme der Vernunft sein und fordert Sicherheit mit Außenmaß. Die Union fordert vor allem härtere Gesetze, gerade bei den Themen Terrorabwehr und Videoüberwachung. Gewinnt am Ende derjenige, der lauter schreit?

Am Ende gewinnt immer die Vernunft. Nach jedem Anschlag wird reflexhaft nach „Mehr“ gerufen: Mehr Härte, Mehr Gesetze, Mehr Videoüberwachung. Ich plädiere dafür, nicht immer nur nach Mehr zu rufen, sondern vor allem nach dem „Wie“ zu fragen. Wie schaffen wir es, in Zeiten des



Innensenator Andreas Geisel

Foto: SenInnSport / Bernhardt Link - Farbtonwerk

Terrors eine Sicherheitspolitik zu machen, die uns schützt und uns gleichzeitig nicht die Luft zum Atmen nimmt. Sicherheit mit Außenmaß trifft es ganz genau.

Bundesweit sollen laut SPD-Wahlprogramm 15.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern geschaffen werden. Würde diese Aufstockung helfen, um die Präsenz der Polizei etwa in den Berliner Wohnquartieren wieder zu erhöhen?

Ja, auf jeden Fall. Ganz klar brauchen wir mehr Polizistinnen und Polizisten. Gerade in einer wachsenden

Stadt wie Berlin. Und auch genau da, wo die Menschen sie brauchen: Als Ansprechpartner in den Kiezen. Wir sind gerade in den Haushaltsberatungen, um einen Ausbau der Polizei auch finanziell abzusichern. Ich bin da guter Dinge, dass uns das auch gelingt.

Zugenommen hat in Berlin laut Kriminalitätsstatistik vor allem die Kriminalität in Bussen und Bahnen. Was tut der Senat dagegen?

Richtig ist: Straftaten nahmen im ÖPNV im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr zu. Das lag insbesondere an der

Steigerung beim Taschendiebstahl. Allerdings, und das ist die gute Nachricht, sanken die Delikte mit Gewaltcharakter. Dieser Trend soll sich fortsetzen. Ich setze hier große Hoffnung auf die von mir wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Streifen von BVG und Polizei.

Beim Thema Videoüberwachung werden oft die Argumente einer besseren Aufklärung und Verfolgung von Straftaten gegen Datenschutz- und Persönlichkeitsrechte ausgespielt. Welchen Weg geht Berlin in dieser Frage?

Berlin wird temporär und anlassbezogen Videoüberwachung einsetzen. Das heißt, dass wir nicht die gesamte Stadt mit Videokameras überziehen werden, sondern dort, wo es notwendig ist. Wir haben das beim Kirchentag getan, als Hunderttausende auf den Plätzen in Berlin unterwegs waren. Dort war es richtig und angemessen. Nehmen Sie London – die vermutlich bestüberwachte Stadt der Welt – ist nicht sicherer geworden.

Fragen: C. Bauermeister

Stichwort: Bürgerversicherung

Für Gesundheit und Pflege soll es künftig eine Bürgerversicherung für alle geben. Das fordert die SPD in ihrem Wahlprogramm. Doch was bedeutet das?

Warum ist eine neue Versicherung nötig?

Gesetzlich Versicherte und privat Versicherte werden heute unterschiedlich behandelt. Die Bürgerversicherung beendet diese Zweiklassen-Medizin. Bislang nimmt die private Krankenversicherung vor allem jüngere, gesunde Versicherte mit höheren Einkommen auf und kann ihnen deshalb niedrigere Beiträge bieten. Das ist kein solidarischeres System. In der Bürgerversicherung sind alle Mitglied, egal ob angestellt, verbeamtet oder selbständig. Alle werden gleichbehandelt. Ärzte erhalten für jeden Patienten die gleiche Vergütung. Die Kosten werden wieder paritätisch zwischen Versicherten und Arbeitgebern aufgeteilt, der Zusatzbeitrag für Versicherte entfällt.

Was muss ich tun, um in die Bürgerversicherung aufgenommen zu werden?

Wer gesetzlich versichert ist, kommt automatisch in die Bürgerversicherung. Für Beamtinnen und Beamte wird ein spezieller Tarif ge-

schaffen, um die bisherige Beihilferegelung fortzuführen. Alternativ dazu können auch öffentliche Arbeitgeber künftig die Hälfte des Kas senbeitrags zahlen. Privat Versicherte können freiwillig in die Bürgerversicherung wechseln.

Wird die Bürgerversicherung für mich teurer?

Die Bürgerversicherung entlastet Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Familien, Rentner und Geringverdiener durch niedrigere Beitragssätze. Das wird möglich, weil bislang privat Versicherte mit höheren Einkommen dann in die Bürgerversicherung einzahlen. Zusätzlich werden andere Einkünfte – etwa hohe Zinseinnahmen oder Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit – beitragspflichtig. Ehegatten und Kinder ohne eigenes Einkommen sind in der Bürgerversicherung kostenfrei mitversichert.

Die SPD regiert doch mit. Warum hat sie das nicht längst umgesetzt?

Die SPD konnte als Juniorpartner in der Großen Koalition in den Verhandlungen nur einen Teil ihrer Ziele durchsetzen. Die Bürgerversicherung scheiterte am Widerstand der CDU.

U. Horb

MELDUNGEN

**PREISWERTE
WOHNUNGEN
AUF DEM
DRAGONER AREAL**

Mit dem neuen Hauptstadtvertrag zwischen der Bundesregierung und dem Senat erhält Berlin vom Bund ab 2018 jährlich 50 Millionen Euro mehr für die Bereiche Sicherheit, Infrastruktur und Kultur.

In dem Vertrag verständigen sich Berlin und der Bund zudem auf den Tausch wichtiger Immobilien. Unter anderem geht das Kreuzberger Dragoner Areal am U-Bahnhof Mehringdamm in den Besitz Berlins über. Damit ist eine Privatisierung des 47.000 Quadratmeter großen Grundstücks vom Senat abgewendet worden. Stattdessen sollen dort nun vor allem preiswerte Wohnungen entstehen.

Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) sagte, Berlin plane 500 bis 800 Wohnungen auf dem Areal. Zwischen 30 und 50 Prozent der Unterkünfte sollen Sozialwohnungen werden. Dazu der Regierende Bürgermeister Michael Müller: „Das ist von besonderer Bedeutung, da der Berliner Senat damit sein festgelegtes Ziel, der Entwicklung preisgünstigen Wohnens und Arbeitens an diesem Standort, verwirklichen kann.“

**KEINE
EXTRA-GEBÜHREN
IN KITAS**

Ab 2018 ist der Kita-Besuch für alle Altersgruppen an Berlins Kitas gebührenfrei. Dennoch ist es in vielen Kitas mittlerweile üblich, dass Eltern – etwa für zusätzliche Sprach- oder Sportangebote – Zuzahlungen leisten.

„Diese Fehlentwicklung will ich nicht hinnehmen. Wir wollen kein Zwei-Klassen-Kita-System, bei dem die finanziell Schwachen das Nachsehen haben“, so Bildungssenatorin Sandra Scheeres. Deshalb plant sie eine Änderung des Kinderförderungsgesetzes.

Konkret sollen für die Zuzahlungen Obergrenzen festgelegt werden. Außerdem sollen die Träger verpflichtet werden, zuzahlungspflichtige Angebote zu melden. Das bedeute nicht, dass nun alle Zusatzangebote in Kitas verboten würden, stellt Scheeres klar. Auch in Zukunft darf es Angebote von Dritten in Kitas geben. Die Voraussetzung ist immer, dass Eltern dies wünschen.

Schluss mit dem Lärm Berlin als smarte Stadt

Ein NEIN beim Volksentscheid zu Tegel entlastet 300.000 Menschen von Lärm und Schmutz



Ein Airbus kurz vor der Landung in Tegel; aufgenommen in der Nordlichtstraße.

Foto: Christina Bauermeister

Daniela Zielinski steht am Gartenzaun ihres Einfamilienhauses in der Nordlichtstraße in Berlin-Reinickendorf und versteht ihr eigenes Wort nicht. Gerade ist wieder ein Flugzeug in weniger als 50 Metern Höhe mit knapp 200 Stundenkilometern über die Siedlung gerauscht. Nur wenige Meter sind es von der Nordlichtstraße bis zur Landebahn des Flughafens Tegel.

Der Lärmpegel, den das Flugzeug verursacht, steigt zeitweise auf mehr als 90 Dezibel. Das entspricht der Lautstärke eines Benzinrasenmähers aus zwei Metern Entfernung. „Zumindest fliegen die Flugzeuge nicht direkt über unser Haus“, sagt Daniela Zielinski, die einen zweijährigen Sohn hat. Spielt der Junge draußen im Sand-

kasten, sieht er die Flieger knapp über die Nachbardächer rauschen.

Als Daniela Zielinski zusammen mit ihrem Mann vor zehn Jahren in die direkte Nachbarschaft des Flughafens zog, taten sie dies in der Erwartung, dass Tegel in naher Zukunft schließen würde. Nun hoffen sie, dass an der Entscheidung nicht gerüttelt wird und Tegel spätestens ein halbes Jahr nach der Eröffnung des BER schließt.

„Ich wäre schon sehr glücklich, wenn der Flughafen endlich weg wäre“, sagt Daniela Zielinski. Die junge Familie ist ein Beispiel für die 300.000 Berlinerinnen und Berlinern, die von starkem Lärm und Feinstaub betroffen sind und deren Lebensqualität sich nach der Schließung Tegels unmittelbar verbessern würde.

Statt dröhnender Flugzeugturbinen würde Familie Zielinski nach Ende des Flugbetriebs auf einem Teil des Flugfeldes Vogelgezwitscher und Kinderlachen hören. Denn das Nachnutzungskonzept des Senats sieht u.a. einen 250 Hektar großen Stadtpark vor, der für ein besseres Stadtklima sorgt. Ebenfalls ist ein Forschungs- und Industriepark geplant, wo Gründer, Studierende, Industrielle und Wissenschaftler zusammen die Stadt von morgen gestalten. Voraussichtlich entstehen hier bis zu 20.000 Arbeitsplätze. Zudem werden auf dem Gelände bis zu 9000 Wohnungen entstehen. Die Hälfte davon sind landeseigene Wohnungen mit günstigen Mieten.

Trotzdem wird es auf Initiative der Berliner FDP am 24. September einen nicht verbindlichen Volksentscheid über die Frage geben, ob Tegel offen bleiben soll. Sie argumentiert dabei vor allem mit der schnellen Erreichbarkeit von Tegel.

Daniela Zielinski kann darüber nur den Kopf schütteln. „Wie oft fliegt man denn? Wir maximal zweibis drei Mal im Jahr. Dafür nehmen einen etwas längeren Anfahrtsweg gern in Kauf“. Sie wird deshalb am 24. September beim Volksentscheid mit Nein zur Offenhaltung stimmen.

C. Bauermeister

Digitalisierung schafft Arbeitsplätze. Berlin als Gründerhauptstadt kann stolz auf die vielen Startups sein, die sich hier ansiedeln, um mit innovativen Geschäftsmodellen Berlins Wirtschaft voranzubringen.

Berlin wird nur dynamisch und attraktiv bleiben, wenn wir den Wandel gestalten und uns beherzt auf die digitale Zukunft vorbereiten. Ein Schlüssel dafür sind unsere exzellenten Hochschulen und die einzigartige Forschungslandschaft. Wir werden diesen Rückenwind nutzen, denn Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, Berlin ist „smart und innovativ“.

Für die neuen Jobs brauchen wir Fachkräfte. Gemeinsam mit Wirtschaft und Politik müssen wir mit einer Fachkräftestrategie dafür Sorge tragen, dass eine Abwanderung von Produktion nicht durch den Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften begründet werden kann. Die Vermittlung von digitalen Kompetenzen ist essentiell, wenn wir Berlin für die Zukunft gut aufstellen wollen.

Gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, den Hochschulen und der Wirtschaft, werden wir Berlin als „smarte Stadt“ zum bundesweiten Impulsgeber der Digitalisierung machen.



Der Regierende Bürgermeister und Landesvorsitzende der SPD Berlin diskutierte am 27. Juni auf einer Wirtschaftskonferenz im Willy-Brandt-Haus über das Thema „Digitalisierung als Motor für Berlins Wirtschaft“.

Foto: Christina Bauermeister

Der dritte Weg zwischen Kaufen und Mieten

Jede/r neunte Berliner/in wohnt in der Genossenschaft, und das will der Senat nun verstärkt fördern

In Berlin drehen sich die Baukräne. Neue Wohngebiete entstehen, und die Erwartung, dass sich der Wohnungsmarkt bald entspannt, ist berechtigt. Doch nicht alles, was neu entsteht, hilft Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen. Dies hat der neue Senat erkannt und sofort begonnen, gegenzusteuern.

Im Koalitionsvertrag werden drei Adressaten für neuen bezahlbaren Wohnraum genannt, die besonders gefördert werden: „Die landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaften, aber auch Genossenschaften und innovative Wohnprojekte.“ Eine Bedingung gilt dabei: Dass der Anteil von Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung bis zu 30 Prozent der Wohnfläche beträgt. Hier können die Genossenschaften mithalten. Berlin ist nicht nur eine Mieterstadt, sondern auch eine Metropole des solidarischen Wohnens. Jede/r neunte BerlinerIn wohnt in



Die neue bbg-Wohnanlage „Carls Blüte“ in Karlshorst bietet Platz für 168 Wohnungen

Foto: Ulrich Rosenbaum

einer Genossenschaftswohnung.

Schon 1886 wurde Berlins erste Baugenossenschaft von Facharbeitern, Handwerkern und Beamten gegründet, die ihr Geld zusammenlegten, um modern, menschengerecht und dennoch günstig zu bauen: die Berliner Baugenossenschaft eG. Die bbg ist heute mit mehr als 7.000 Wohnungen in 85 Anlagen eine der größten Genossen-

schaften Berlins. Das Grundprinzip ist geblieben: Wer eine Wohnung haben möchte, zahlt zum Beispiel für 3.000 Euro Genossenschaftsanteile ein. Dann ist er nicht Mieter, sondern Mitglied und „Nutzer“. Er hat ein Dauernutzungsrecht auf Lebenszeit und kann bevorzugt eine kleine oder größere Wohnung bekommen, wenn sich die Lebensverhältnisse ändern.

Wir sprachen mit Jörg Wollenberg, Vorstand der bbg: „Unsere Wohnungen sind günstig, nicht billig. Wir erhöhen nur, wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist. Derzeit sind für uns 10 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter die Oberkante im Neubau. Aber die Vielzahl der Wohnungen im Bestand liegen unter 6,50 Euro.“

Der Regierende Bürgermeister Michael Müller hatte den Genossenschaften versprochen, ihnen Zugang zu öffentlichen Grundstücken zu verschaffen. Derzeit wird zwischen Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke), Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) mit den Baugenossenschaften verhandelt, damit eines nicht passiert, was Wollenberg von der bbg so ausdrückt: „Wir wollen nichts geschenkt haben, aber wir möchten auch nicht zwischen städtischen Gesellschaften und finanzkräftigen Investoren in die Röhre gucken.“

Und damit das nicht passiert, könnte es so laufen:

Die Baugenossenschaften bekommen öffentliche Baugrundstücke und garantieren, dass in ihrem Wohnungsbestand genügend preiswerte Wohnungen – auch mit Wohnberechtigungsschein – angeboten werden. Wer den Genossenschaftsanteil nicht gleich zahlen kann, der kann das auch ratenweise tun.

Und wie kommt man an eine Genossenschaftswohnung? Unter www.wohnungsbau-genossenschaften.de kann man eine passende Genossenschaft suchen. Selten wird man sofort eine Wohnung finden, aber es lohnt sich, schon Mitglied zu werden und damit auf der Warteliste zu stehen. Die Chancen sind besser geworden, denn auch die Genossenschaften bauen derzeit kräftig neu.

Die bbg zum Beispiel hat gerade die „Carls Blüte“, eine neue Wohnanlage mit 168 Wohnungen in Karlshorst errichtet. Viele Mitglieder ziehen dorthin um und machen ihre Wohnungen frei.

„Es ist der typische Papiergeruch“

Der Berliner Buchhändler Jürgen Schleicher über sein Erfolgsrezept in Zeiten des Onlinehandels

Jürgen Schleicher ist SPD-Mitglied und Buchhändler – wie Martin Schulz. Ein Besuch bei „Schleichers“ in Dahlem.

Dass der Beruf des Buchhändlers wieder zum Gesprächsthema geworden ist, liegt auch an ihm: Martin Schulz. Der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat ist von Hause aus ein Buchhändler aus Leidenschaft. Er machte eine Lehre und gründete 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. Martin Schulz weiß: Wer erfolgreich sein will, muss selber viel lesen. Die Lehre sei für ihn eine Art „Studium generale“ gewesen.

Jürgen Schleicher kann die Empathie nachempfinden, die Schulz für das Buch hat. Die von ihm gegründeten Buchhandlungen „Schleichers“ am U-Bahnhof Dahlem-Dorf und „Kohlhaas & Company“ an der Fasanenstraße gehören zu den angesehensten Buchläden in Ber-



Jürgen Schleicher vor seiner Buchhandlung am U-Bahnhof Dahlem-Dorf.

Foto: Ulrich Rosenbaum

lin, 2016 mit dem Deutschen Buchhandelspreis ausgezeichnet. Sein Handwerkszeug erwarb er beim Studium der Wirtschaftswissenschaften an der FU Berlin, und als ab 1967 die Studenten politisch wurden, be-

gann er, vor der Mensa einen kleinen Bücherstand aufzubauen und die politische Literatur anzubieten.

Weil er von Willy Brandts Ost- und Friedenspolitik überzeugt war, trat Schleicher der SPD bei. Der SPD-Ortsver-

ein Dahlem tagte damals im Gasthof Schillings (heute „Luise“). Dort stand neben der Gaststube ein 40 Quadratmeter großes Ladengeschäft leer. Schleicher mietete es, um dort seine erste Buchhandlung aufzumachen.

Jetzt konnte er nicht mehr nur politische Literatur, sondern alles anbieten, was die Verlage auf den Markt brachten. Heute liegt sein weit größerer Laden genau gegenüber.

Jürgen Schleicher weiß wie einst der junge Martin Schulz: Man muss selber viel lesen, um die richtigen Bücher nach vorne in die Auslage zu stellen und die Kunden zu beraten. „Bestseller-Listen helfen da wenig, man muss selber ein Gespür haben, was ankommt“, sagt er. Aber das ist nicht alles: Regelmäßig lädt er zu Lesungen und anderen Veranstaltungen, die meistens schnell ausgebucht sind. „Kundenbindung ist das A und O“, so Schleicher. Die Buchhandlung als Ort der Bildung: Vorbild für viele Buchhändler in Berlin war einst die Buchhandlung Elwert und Meurer, die das zum Prinzip gemacht hatte.

Sie ist, als der Berliner Buchmarkt rund um die Wende-

zeit durchgeschüttelt wurde, ebenso verschwunden wie Kiepert an der Hardenbergstraße oder im Osten der Stadt „Das gute Buch“, die „Internationale Buchhandlung“ und die „Karl-Marx-Buchhandlung“. Eine neue Groß-Buchhandlung ist mit Dussmann entstanden, und es gibt die Filialen bundesweiter Ketten.

Und dann kam der Onlinehandel. Zum Glück aber existieren viele familiengeführte Buchhandlungen wie Schleichers, die davon leben, dass die Kunden das mögen, was Martin Schulz so ausgedrückt hat: „Es ist der typische Papiergeruch.“ Jürgen Schleicher wünscht sich von seinem prominenten Kollegen, „dass er alles tut, um einen vielfältigen Buchhandelsmarkt zu erhalten und die Menschen zu motivieren, beim Buchladen im Kiez zu kaufen und die Arbeitsplätze zu erhalten“.

Ulrich Rosenbaum

Ballartisten unter Berlins Himmel Schnittmuster und Politik

Fußball-Ausstellung im Ephraim-Palais



Die Hertha-Mannschaft, die 1906 die erste Berliner Meisterschaft für den Verein holte. © Hertha BSC

Es sind wunderbare 90 Minuten. Ein Auf und Ab der Emotionen. Seit 125 Jahren oder gar mehr begeistern sich Berlinerinnen und Berliner für Fußball. Ihm widmet das Berliner Stadtmuseum im Ephraim-Palais am Mühlendamm eine aufschlussreiche Ausstellung. Anlass ist der 125. Geburtstag des Berliner Bundesligisten Hertha BSC.

Die Ausstellung auf drei Etagen fächert Berliner Fußballleben in elf Kapiteln auf. Interessante Exponate wie einen Lederfußball von 1910, den Pokal und Wimpel zur Brandenburgischen Meisterschaft von Hertha BSC 1935, ein selbstgenähtes Fußballtrikot aus der Notzeit 1948 sowie Plakate, Eintrittskarten und zahlreiche Dokumente, die von den Restauratorinnen des Museums liebevoll aufbereitet wurden. Vor allem ein reicher Fotofundus macht die Berliner Fußballszene aus Jahrzehnten anschaulich.

„Hauptstadtfußball“ widmet sich nicht nur dem lang-

jährigen Bundesligisten Hertha BSC, sondern ermöglicht einen Streifzug durch den gesamten Berliner Fußball, der mit rund 400 Vereinen mit 3.662 Mannschaften und mehr als 146.000 Mitgliedern ein sportliches Schwergewicht darstellt.

Die Ausstellung präsentiert neben dem Geburtstagskind Hertha BSC die große Bandbreite der Vereine. Da darf der BFC Germania aus Tempelhof von 1888 nicht fehlen, der Neuköllner Verein SC Tasmania 1900 oder Tennis Borussia 1902 aus Charlottenburg. Der BFC Union (gegr. 1966) geht auf einen Vorgängerverein aus Oberschöneweide von 1906 zurück. Die Vereine aus Hohenschönhausen ASK Vorwärts (gegr. 1951) sowie der BFC Dynamo (gegr. 1954) holten die meisten Meistertitel in der DDR.

125 Jahre Fußball in Berlin, das zeigt die Ausstellung, ist auch ein Kapitel Zeitgeschichte. Viele Vereine haben eine lange Tradition wie

der jüdische TuS Makkabi, der auf eine Vereinsgründung von 1898 zurückgeht. Erinnert wird auch an die Fußballer der Arbeitersportvereine, wie etwa an ASV Fichte am Baumschulenweg. Die Arbeitersportvereine wurden 1933 von den Nazis verboten.

Die Migrationsgeschichte Berlins spiegelt sich in der Verbandsgeschichte wider. Die Berliner Fußballlandschaft haben Vereinsgründungen von Zuwanderern bereichert, wie beispielsweise der SD Croatia oder BSV Al-Dersimspor.

Gunter Lange

Hauptstadtfußball

Ausstellung vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018
Ephraim-Palais,
Poststraße 16, 10178 Berlin
Di, Do–So 10–18 Uhr
Mi 12–20 Uhr
Eintritt: 6,00 / erm. 4,00 €
bis 18 Jahre frei
www.hauptstadtfussball.berlin
Freikarten für die Ausstellung

Ausstellung am Gedenkort für Annedore und Julius Leber

Es sieht noch nach viel Arbeit aus. Die zerfallene einstöckige Baracke muss instandgesetzt werden, das Gelände, derzeit mit einem Bauzaun gesichert, soll zu einer offenen und einladenden Begegnungsstätte werden. Freiluft-Ausstellungen erzählen regelmäßig von der Geschichte dieses Ortes: Derzeit stellen Schautafeln die Publizistin Annedore Leber vor.

Der Ort ist geschichtsträchtig. An der Torgauer Straße war die Kohlenhandlung von Julius und Annedore Leber. In einer kleinen Holzbaracke, die im 2. Weltkrieg abgebrannt ist, traf Julius Leber mit Widerstandskämpfern zusammen, die am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler verübten. Der Sozialdemokrat Leber, als Innenminister einer künftigen Regierung vorgesehen, wurde von den Nazis Anfang 1945 hingerichtet.

Seine Witwe Annedore war nach dem Krieg publizistisch tätig – als Mit-Herausgeberin der SPD-nahen Tageszeitung Telegraf, die im März 1946 erschien und ab Herbst 1947 als Verlegerin der Monatszeitschrift „Mosaik“, die die Frauen im Nachkriegs-Berlin mit Politik und Demokratie vertraut machte. Politische Kommentare, Porträts über spannende Frauen, Visionen einer neuen frauengerechten Baupolitik und Reportagen aus dem Alltag der Berlinerinnen wurden ergänzt durch Modetipps und praktischen Schnittmusterbögen. In Büchern hielt Annedore Leber das Vermächtnis von Julius Leber und des Widerstandskampfes wach. Ihr Verlag zog 1950 in das neuerrichtete Gebäude auf dem Gelände der Kohlenhandlung.

Die neue Ausstellung haben Egon Zweigart, Andreas Bräutigam, Dörte Dohl und

Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg entwickelt. Im Stadtteilverein kümmert sich ein eigens eingerichteter Arbeitskreis um den Gedenkort.

Nach langen Verhandlungen mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg hat der Verein im Herbst 2016 einen Nutzungsvertrag für das Gelände abgeschlossen. Zusammen mit Schulen, Bildungseinrichtungen und der Nachbarschaft, so die Vereinsvorsitzende Martina Fiebelkorn, soll ein lebendiger Lern- und Gedenkort entwickelt werden. Dafür braucht der Verein Geld. „Wir rechnen mit 5000 Euro Planungskosten, dann ist ein Antrag auf Lottomittel für die Instandsetzung möglich“, hofft Martina Fiebelkorn. Für die laufenden Kosten von etwa 12.000 Euro werden ständige Unterstützer gesucht, die auch mit kleinen Beträgen zum Erfolg beitragen können. Ebenso willkommen, so Egon Zweigart, ist tatkräftiges Anpacken: „Einfach mal helfen.“

U. Horb



Egon Zweigart, Martina Fiebelkorn und Gerhard Wunsch vom Stadtteilverein Schöneberg am Gedenkort für Annedore und Julius Leber, an dem bis zum Herbst die Ausstellung über Annedore Leber als Publizistin zu sehen ist.

Foto: Ulrich Horb

Freiluft-Ausstellung

Torgauerstr. 24-25,
gegenüber Leberstraße
10829 Berlin

Spenden: Stadtteilverein
Schöneberg e.V.,
IBAN: DE96 1002 0500
0003 1127 11, Stichwort:
Fördererkreis Lern- und
Gedenkort

Weitere Informationen:
www.gedenkort-leber.de

Gut zu wissen!

Impfberatung · Roaming-Gebühren · EU-Reisen · Zahlungsdiensterichtlinie · Label-Dschungel



Verpflichtende Impfberatung

Foto: Adobe Stock · Picture-Factory

VERPFLICHTENDE IMPFBERATUNG

In Deutschland gibt es keine Impfpflicht, aber seit Juni eine verpflichtende Impfberatung.

So sieht es das Epidemiologie-Gesetz des Bundesgesundheitsministeriums vor. Danach sind Kitas verpflichtet, jene Eltern den Gesundheitsämtern zu melden, die keine Impfberatung in Anspruch genommen haben. Bis zu 2.500 Euro Geldstrafe kann dies nach sich ziehen. Gerade in Berlin kam es immer wieder zu Masern-Ausbrüchen. Mit dem 2015 in Kraft getretenen Präventionsgesetz sind Eltern dazu verpflichtet, vor dem Kita-Eintritt ihres Kindes an einer

ärztlichen Impfberatung teilzunehmen. Schon heute können ungeimpfte Kinder vorübergehend vom Besuch einer Kita oder Schule ausgeschlossen werden.

ENDE DER ROAMING-GEBÜHREN

Jeder hat sich schon einmal geärgert: Im Urlaub schnell Bescheid sagen, dass man gut angekommen ist und schon sind etliche Cents mehr auf der Telefonrechnung. Das hat seit dem 1. Juni 2017 dank der EU ein Ende.

Ab jetzt können Sie bei Reisen in EU-Länder sowie in Norwegen, Island und Liechtenstein ohne Zusatzgebühren telefonieren, SMS

schreiben und surfen. Und auch wenn Sie im Ausland angerufen werden, entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten. „Telekommunikation ist kein Bereich für Grenzen. Kosten für die Nutzer müssen sich stärker an den wirklichen Kosten der Unternehmen orientieren“, so Verbraucherschutzminister Heiko Maas. Dennoch gibt einiges zu beachten: Im Ausland den Arzt vor Ort anzurufen, ist kein Roaming, das Telefonat vom Ausland nach Deutschland aber schon. Die Roaming-Regeln gelten nicht in der Schweiz und der Türkei. Und Achtung: Auf Kreuzfahrtschiffen, Fähren und in Flugzeugen gilt die Verordnung nicht. Hier kann es zum Teil richtig teuer werden. Augen auf auch bei den Deutschlandtarifen einiger Discounter: Damit kann wirklich nur im Inland telefoniert werden.

MEHR RECHTE UND SICHERHEIT BEI EU-REISEN

Die gute alte Pauschalreise kommt nicht aus der Mode: Alt wie Jung, vor allem aber Familien greifen gerne darauf zurück. Denn: Wer eine Pauschalreise bucht, ist abgesichert.

Reiserecht in Europa war bisher uneinheitlich geregelt. Mit der EU-Pauschalreise-



Abgesichert durch Pauschalreise

Foto: Adobe Stock · Friedberg

richtlinie bekommen UrlauberInnen mehr Rechte und mehr Sicherheit. Können Reisende z.B. wegen außergewöhnlicher Umstände nicht zurückfliegen, muss der Veranstalter neben den neuen Rückflugkosten auch die Beherbergungskosten für bis zu drei Übernachtungen tragen. Auch neu: Reismängel können gegenüber dem Reiseveranstalter, also z.B. gegenüber dem Reisebüro, und müssen nicht mehr zwingend gegenüber dem Reiseveranstalter angezeigt werden.

Dafür hat man jetzt sogar zwei Jahre lang Zeit. Ausführlich Informationen finden Sie auf www.bmjv.de unter dem Stichwort Pau-

schalreise.

BEZAHLEN OHNE UNFAIRE ZUSATZGEBÜHREN

Seit dem 1. Juni 2017 ist das Wortumgesetz zur Umsetzung der Zweiten Zahlungsdiensterichtlinie in Kraft.

Dank der EU dürfen Händler zukünftig keinen Aufpreis mehr von ihren Kunden verlangen, wenn diese online oder offline mit gängigen Karten oder per SEPA-Überweisungen und Lastschriften bezahlen. Auch wenn etwas schief geht, gibt es jetzt mehr Schutz. So müssen Banken ihre Kunden stärker dabei unterstützen, durch Fehlüberweisungen verloren gegangenes

Geld zurückzubekommen. Wird die Kreditkarte entwendet, reduziert sich der Eigenbeitrag von 150 auf 50 Euro. Und, was in Deutschland schon lange gilt, gilt jetzt auch in allen EU-Ländern: Lastschriften können binnen acht Wochen EU-weit bedingungslos erstattet werden.

LICHT IM LABEL-DSCHUNDEL

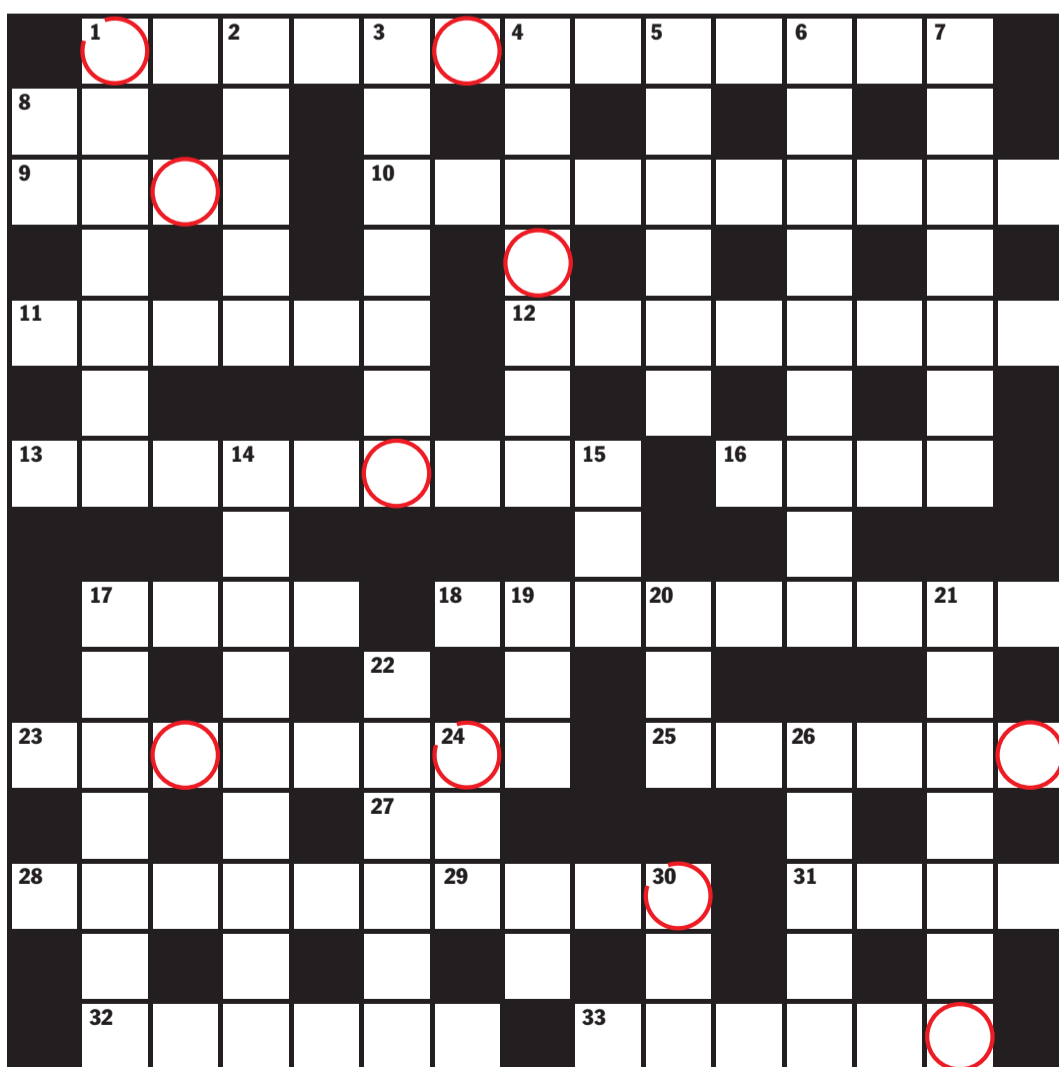
Sie sollen Orientierung geben, zum gesünderen Leben animieren oder helfen, die Umwelt zu schonen: Labels auf Verpackungen und Kleidung. Doch oft fragen sich Verbraucherinnen und Verbraucher: Welches Label steht noch mal für was?

Es gibt z.B. beim Fischkauf oder Kosmetika einfach zu viele. Auf label-online.de wird transparent und unabhängig über einzelne Labels informiert. Besonderer Clou: der Barcode-Scanner. Damit geht verantwortungsvolles Einkaufen noch einfacher.



Weitere Informationen:

Berliner Preisrätsel



WAAGERECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- politisch Untaugliche
- Berliner Traditionstheater (Abk.)
- Studierendenvertretung
- Zeit ohne Sommer
- Hitzefrei im Urlaubsfieber
- überraschend spielen und dealen
- Schlüssigkeit
- Oberseite der Handwurzel
- Gutgemeinter Rat vorm Pferderennen
- Schulz ./ Merkel
- schwacher, natürlicher, elektrischer Strom in der Erdrinde
- Jottwede ohne Arbeit und Schule
- Uckermark (Kfz-Kennzeichen)
- Wirklich wahre und faire Populisten
- Röhre, die uns fliegen lässt
- Verdienstvolle Lebensmittelverwerter
- Krautige Pflanzen

SENKRECHT

(Umlaute = 1 Buchstabe)

- Fachministerium, Redaktionsabteilung
- Steckt man ab im Wilden Westen
- Steinalter Behälter für Bier und Wein
- Das tun Sie zurzeit
- Traurige Begleiterscheinung
- Die Aktuellste heißt „Laudato si“
- Herausragendes Fremdwort
- Britische Fluglinie (Abk.)
- Anti-Gen zum Schlucken und Pieksen
- Des Körpers allerunterste Etage
- Komposition für drei Singstimmen
- Angeblich sündenfrei
- Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (Abk.)
- Berliner, Brandenburger (und Münsteraner Fußballer)
- den Schenkel betreffend (med.)
- Unbezahltes Kinder mädchen
- Schlimmer Begleiter des Fußballs
- Technische Universität (Abk.)
- Helfer gesucht

MITMACHEN!

In die richtige Reihenfolge gebracht ergeben die rot umkreisten Buchstaben **einen der bedeutendsten Wochentage des Jahres 2017, nämlich den Tag des Ferienbeginns in Berlin.**

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis 31.07.2017 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de.

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Freikarten (inkl. Führung) für die Ausstellung „Hauptstadtfußball – 125 Jahre: Hertha BSC und Lokalrivalen“ im Ephraimipalais, Poststr. 16, 10178 Berlin Die Ausstellung läuft vom 26. Juli 2017 bis 7. Januar 2018.

DAS LÖSUNGSWORT

aus der letzten Ausgabe des Stadtblatts war: **MARTIN SCHULZ** Die Gewinnerinnen und Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

GEWINNE: 10 FREIKARTEN FÜR EINE AUSSTELLUNG ZUR BERLINER FUSSBALLGESCHICHTE MEHR INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG FINDEN SIE AUF SEITE 5

Das Käthe-Kollwitz-Museum soll in Charlottenburg bleiben

Der Wahlkreisabgeordnete Frank Jahnke und Tim Renner setzen sich für den Verbleib der umfangreichen Sammlung in der Fasanenstraße ein

Käthe Kollwitz (1867 bis 1945) ist zweifellos eine der bedeutendsten Frauen des letzten Jahrhunderts. Ihre Werke sprengen fast den Rahmen vor Lebenskraft, Kühnheit und Selbstbewusstsein.

Darüber hinaus sind sie ausnahmslos von großer Schönheit – diese Worte stammen von dem Sammler, Maler und Kunsthändler Hans Pels-Leusden. Ihm ist es auch zu verdanken, dass in der Fasanenstraße in Charlottenburg das Käthe-Kollwitz-Museum 1986 Realität wurde. Er legte mit seiner umfangreichen Kollwitz-Sammlung das Fundament des Museums, indem er seine Sammlerwerke, Zeichnungen und Druckgrafiken von Käthe Kollwitz sowie einen Teil seines Vermögens mittels

einer Stiftung dem Museum vermachte. Das Gebäude, in dem das Museum entstand, war einst von dem Architekten Hans Grisebach als seine private Villa errichtet worden und sollte noch in den siebziger Jahren (ebenso wie das Architekturjuwel des heutigen Literaturhauses nebenan) für eine gigantische Autobahnplanung in der City-West abgerissen werden. Zum Glück setzte aber Anfang der achtziger Jahre ein Umdenken ein, und es gelang engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die Gebäude in Fasanenstraße zu retten.

Heute, 31 Jahre nach seiner Gründung, bietet das Käthe-Kollwitz-Museum unter der Leitung von Dr. Iris Berndt ein vielfältiges Programm – mit Schülerprojekten, Führungen, Ver-



Tim Renner und der Abgeordnete Frank Jahnke im Käthe-Kollwitz-Museum.

Foto: Ansgar Salzwedel

anstaltungen und Sonderausstellungen. Das Haus widmet sich dem Lebenswerk der international anerkannten Künstlerin, in dessen Mittelpunkt die Themen Krieg und soziale Ungerechtigkeit stehen. Auf vier Etagen werden Meis-

terstücke wie Zeichnungen, Plastiken und Grafiken gezeigt, die sie im Laufe ihres Lebens erschaffen hat, sowie im Erdgeschoss eine Fotoausstellung zum Leben der Kollwitz, insbesondere ihrer 52 Jahre in Berlin. Am 8. Juli 2017 wird der 150.

Geburtstag der Künstlerin im Käthe-Kollwitz-Museum begangen und bis Oktober mit einer Sonderausstellung gewürdigt.

In letzter Zeit gibt es Diskussionen um die Zukunft des Museums an diesem Standort. Der Wahlkreisabgeordnete Frank Jahnke sowie der Bundestagskandidat der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und Kulturpolitiker Tim Ren-

ner engagieren sich für das Verbleiben des Käthe-Kollwitz-Museums am bewährten Ort in der Fasanenstraße.

NA/FJ

KONTAKT

Goethe fünfzehn 15

Wahlkreisbüro
Frank Jahnke, MdB
Goethestraße 15
10625 Berlin
Tel.: 313 88 82
wahlkreis@frank-jahnke.de
www.frank-jahnke.de

Newsletter:
einfach Mail senden, dann kommt er regelmäßig!

Öffnungszeiten:
Mo-Fr, 13.00-18.00 Uhr

VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, den 13.07.2017 ab 18.00 Uhr:
Sommerfest in der Goethe15 mit Klaus Woreit und Tim Renner, Kulturstaatssekretär a.D., Bundestagskandidat der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf

30 Tage Spendenmarathon für das ParkHaus am Lietzensee

Für die denkmalgerechte Sanierung des Parkwächterhäuschens fehlt nicht mehr viel

„Eigeninitiative und zivilgesellschaftliches Engagement gehören zu den Herzstücken eines solidarischen Miteinanders und einer lebendigen Demokratie.“

In vorbildlicher Weise hat der Verein ParkHaus Lietzensee e.V. in ehrenamtlicher Arbeit mit der Bewahrung und behutsamen Modernisierung des Parkwächterhauses, eines charmanten Denkmals im Lietzenseepark, in einer der beliebtesten Grünanlagen Charlottenburgs begonnen. Dieses Projekt, in dem soziales, nachbarschaftliches Engagement und integrative kulturelle Gestaltung zum Mitmachen zusammenkommen, unterstütze ich als Schirmherr aus vollem Herzen“, sagt Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlot-

tenburg-Wilmersdorf und bittet als Schirmherr, die Spenden-Kampagne zu unterstützen.

Diesen Aufruf unterstützt auch Ülker Radziwill, Wahlkreisabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus.

Im Rahmen ihrer Charlottenburger Stadtteiltage im Juni besuchte Radziwill die Initiatoren und machte sich ein Bild über die Aktivitäten.

Der Verein Parkhaus e.V. hat für die denkmalgerechte Sanierung des Hauses bereits die Lotto Stiftung Berlin gewinnen können. Die Instandsetzung wird mit einer maximalen Summe von 600.000 Euro finanziert.

Allerdings ist ein Eigenanteil aufzubringen. Das ist Voraussetzung der



Die Initiatoren und die Wahlkreisabgeordnete werben für die Unterstützung der Sanierung des Parkwächterhäuschens im Herzen des Lietzenseeparks.

Lotto Stiftung und dafür müssen Spenden gewonnen werden. Es kommt nun auch auf Ihre Unterstützung an, um die Lücke von 30.000 Euro zu schließen. Im Juni sind schon 20.000

Euro Spenden zusammen gekommen und nun heißt es im Schlusspurt die restlichen Spenden zu sammeln.

Jede kleine Spende hilft, um die Neugestaltung und

die für 2018 geplante Inbetriebnahme des Hauses zu ermöglichen.

Mehr Infos finden Sie auf der Homepage: www.parkhaus-lietzensee.de

Spendenkonto des Vereins:
ParkHaus Lietzensee e.V.

Bank für Sozialwirtschaft:
Konto: 1401800
IBAN:
DE92 1002 0500 0001 4018 00
ÜR

VERANSTALTUNGEN

Besuchen Sie mit Ülker Radziwill das Abgeordnetenhaus:
Jeweils ab 16.00 Uhr an folgenden Terminen:
Mo, 16. Oktober
Do, 30. November
Do, 14. Dezember

Anmeldung telefonisch oder per mail erbeten:
Telefon: (030) 96 60 48 18
Email: kiezbuero@uelker-radziwill.de

KONTAKT

Kiezbüro
Ülker Radziwill, MdB
Friedbergstr. 36
14057 Berlin

Öffnungszeiten:
Mo & Mi 10.00-16.00 Uhr
Do 13.30 bis 18.30 Uhr

Tel: 96 60 48 18
www.uelker-radziwill.de
info@uelker-radziwill.de

Sprechstunden:
nach Vereinbarung möglich

Tim Renner zu Gast auf dem SPD-Familienfest am Rüdeshheimer Platz

Wohnen, Bildung und Kultur – Kernthemen, die der SPD-Kandidat anpacken und verändern möchte

Am 24.06.2017 war es wieder soweit: Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf feierte ihr traditionelles Familienfest auf dem Rüdeshheimer Platz – zum 13. Mal in Folge.

Bei strahlendem Sommerwetter, einem tollen Rahmenprogramm für Jung und Alt und mit musikalischer Begleitung durch die Big Band der Paul-Natorp-Schule begrüßte Moderator Florian Dörstelmann (MdB) wieder politische Prominenz der Bezirks-, Landes- und Bundesebene auf der Bühne. Nach Gesprächen mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Abgeordnetenhaus, Raed Saleh, und Staatssekretär Christian Gaebler,

folgte eine spannende Diskussion mit dem Bundestagskandidaten für Char-

lottenburg-Wilmersdorf, Tim Renner. Zusammen mit Co-Moderatorin Fran-

ziska Becker (MdB) ging es vor allem um die wichtigen Themen Bildung, Wohnen und Kultur. Tim Renner machte schnell klar, dass die Chance zum Aufstieg in unserer Gesellschaft für die meisten Menschen nur über Bildung führen kann und die SPD unverändert Garant dafür sein muss, dass diese Chance auch wahrgenommen werden kann. In seinem Leben habe die sozialdemokratische Politik ihm ermöglicht, trotz seiner Herkunft aus einfachen Verhältnissen, eine gute Bildung zu erwerben. Im Bundestag werde er sich dafür einsetzen, schnellstens das Kooperationsverbot aufzuheben, damit zukünftig auch Bundesmittel für die Bildung an

die Länder fließen können. Beim Thema Mieten warb Tim Renner eindringlich für Verbesserungen bei der Mietpreisbremse zugunsten der Mieter – wie z. B. ein Transparenzgebot bei der Neuvermietung, die bisher von der CDU blockiert werden.

Ein weiteres großes Thema für Tim Renner ist Berlins Kultur. Mit seiner Erfahrung als ehemaliger Staatssekretär für Kultur im Berliner Senat will er ab dem 25. September im Deutschen Bundestag für die Kulturhauptstadt Berlin werben und dafür sorgen, dass die großartige Kulturlandschaft auch weiterhin ein Magnet bleibt, Menschen aus aller Welt in unsere einzuladen. FD



Politik-Talk beim Kiezfest auf dem Rüdeshheimer Platz mit Tim Renner, Kandidat für den Bundestag, Franziska Becker, MdB, und Florian Dörstelmann, MdB, der durch das Programm führte.

KONTAKT

Wahlkreisbüro
Florian Dörstelmann, MdB
Landauer Straße 8
14197 Berlin
Tel.: 47 052 760

Öffnungszeiten:
Mo-Do, 13.00-17.00 Uhr

www.florian-doerstelmann.de

VERANSTALTUNGEN

8. Juli 2017
Tag der offenen Tür im Bürgerbüro, Landauer 8, 11.00 Uhr bis 16.00 Uhr und Eröffnung der Vernissage des Kunstmalers Gotthard Krupp-Boulboullé (13.00 Uhr)

NAUMANN MEINT:

VIELFALT IST EIN
SCHATZ!

Berlin ist eine wachsende Stadt. Es wird nicht mehr lange dauern, dass in unserem Bezirk über 340.000 Menschen wohnen werden. Und täglich kommen noch die vielen Berufs-Pendler hinzu. Mehr als 150 Nationalitäten prägen Charlottenburg-Wilmersdorf – eine wunderbare Vielfalt und ein großer Schatz, wie ich finde!



Foto: Joachim Gern

Ein wichtiger Teil dieser Vielfalt sind die Religionsgemeinschaften. Das zeigt uns eine besondere Ausstellung, auf die ich Sie hinweisen möchte:

Mit „Zeig mir, was Du glaubst“ lädt unser bezirkliches Museum in der Villa Oppenheim dazu ein, sich der Vielfalt, Unterschiedlichkeit, aber auch Gemeinsamkeiten der bei uns beheimateten Religionen zu nähern. Insbesondere die auch in der Ausstellung gezeigte beeindruckende Architektur – sei es Kirche, Synagoge, Moschee oder Tempel – verdeutlicht, welche Bedeutung diesem Teil unserer bezirklichen Vielfalt im öffentlichen Raum zukommt. Das wurde zuletzt beim Kiezspaziergang im Mai in der evangelischen Sühne-Christi-Kirche in Charlottenburg-Nord deutlich.

Auch auf unseren seit über zehn Jahren bestehenden Interreligiösen Dialog im Bezirk wird aufmerksam gemacht. Unter meiner Leitung ist es das Ziel aller Mitglieder, in gegenseitigem Respekt unseren Beitrag für ein friedliches Miteinander in unserem Bezirk zu leisten. So wollen wir präventiv Unwissen und Vorurteilen, Missverständnissen und Ängsten sowie Instrumentalisierung und Radikalisierung von Religionsgemeinschaften durch diesen Dialog begegnen. Einzelne Projekte konnten im Rahmen unserer Partnerschaft für Demokratie vor Ort gefördert werden.

Die Ausstellung ist bis zum 5. November geöffnet. Falls Sie mir über Ihren Besuch oder zur Kolonne eine Rückmeldung geben möchten, so freue ich mich wie immer unter naumann@charlottenburg-wilmersdorf.de darauf

Mit allen guten Wünschen für eine entspannte Sommerzeit grüßt Sie herzlich

Ihr
Reinhard Naumann
Bezirksbürgermeister

„Sprach-Kitas“ weiter ausgebaut

Auch Kitas in Charlottenburg profitieren von den zusätzlichen Mitteln des Bundes

Im laufenden Jahr 2017 wurde das erfolgreiche Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ weiter ausgebaut.

Mit der Anhebung der Mittel kann die Zahl der rund 3.500 Sprach-Kitas bundesweit auf 7.000 verdoppelt werden. In Berlin allein sind es dann 277 Kitas, die an dem Programm teilnehmen und mit insgesamt gut 32 Millionen Euro über vier Jahre gefördert werden. Zugute kommt in Charlottenburg-Wilmersdorf diese Förderung unter anderem den beiden Kitas des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. Sie werden mit jeweils 100.000 Euro bis 2020 unterstützt.

„Sprache ist ein wichtiger Schlüssel. Durch sie erschließen wir uns die Welt, treten mit Menschen in Kontakt und eignen uns Wissen an. Studien haben in



Einsatz mit Erfolg: Der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz setzt sich für die Förderung der „Sprach-Kitas“ ein.

Foto: Christian Kruppa

den letzten Jahren gezeigt, dass sprachliche Kompetenzen einen erheblichen Einfluss auf den weiteren Bildungsweg und den Einstieg ins Erwerbsleben haben.

Das gilt natürlich besonders für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien oder Familien mit einem Migrationshintergrund“, so der Berliner Bildungspolitiker

und Haushaltsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Swen Schulz.

Kernstücke des Bundesprogramms „Sprach-Kitas“ sind neben der sprachlichen

Bildung die inklusive Pädagogik sowie die Zusammenarbeit mit Familien. Die Sprach-Kitas erhalten mit dem Bundesprogramm gleich doppelte Unterstützung: Die Kita-Teams werden durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung verstärkt, die direkt in der Kita tätig sind. Diese beraten, begleiten und unterstützen die Kita-Teams bei der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung. Darüber hinaus finanziert das Programm eine zusätzliche Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend Qualitätsentwicklung in den „Sprach-Kitas“ unterstützt und die Fachkräfte innerhalb eines Verbundes von 10 bis 15 „Sprach-Kitas“ qualifiziert.

SwS

Gewerkschafter und Demokrat

Er stimmte gegen die Nazis und baute die DAG auf: Siegfried Aufhäuser

Vor 100 Jahren wählte die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände Siegfried Aufhäuser zu ihrem Vorsitzenden. Der Sozialdemokrat sollte in den folgenden Jahren nicht nur ein der deutschen Arbeitsbeziehungen prägender Führer der Angestelltenbewegung werden. Er erwies sich zugleich auch als ein herausragender Kämpfer für die Demokratie.

Als rechte Militärs 1920 mit dem „Kapp-Putsch“ versuchten, die Weimarer Republik zu beseitigen, organisierte Aufhäuser mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Carl Legien, maßgeblich den General-

streik, der die Putschisten in die Knie zwang. Seit 1921 Reichstagsabgeordneter für Berlin, stimmte der Sozialdemokrat am 23. März 1933 mit seiner Fraktion gegen das „Ermächtigungsgesetz“, das alle wesentlichen Parlamentsrechte auf die Hitlerregierung übertragen sollte. Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten waren zu diesem Zeitpunkt schon untergetaucht oder verhaftet und so waren es einzig die Sozialdemokraten, die trotz Gewalt und Einschüchterungsversuchen durch SA und SS geschlossen mit „Nein“ stimmten. Die konservativen und bürgerlichen Parteien ihrerseits stimmten dem Gesetz zu, das eine der wesentlichen

rechtlichen Grundlagen der NS-Diktatur werden sollte.

Aufhäuser – bis dahin in der Siedlung Eichkamp (Zikadenweg 72) wohnhaft – wurde ins Exil gezwungen und bekämpfte von der Tschechoslowakei und den USA aus weiter das NS-Unrechtsregime. 1951 nach Berlin zurückgekehrt, baute Aufhäuser maßgeblich die Deutsche Angestelltengewerkschaft DAG (heute ver.di) mit auf. Von 1952 bis 1959 war er deren Berliner Landesvorsitzender. Die DAG ehrte ihren 1969 verstorbenen Nestor 1993 mit der Benennung ihres Gewerkschaftshauses an der Blissestraße 2 in „Siegfried-Aufhäuser-Haus“. YC



Mit Mut und einem klaren „Nein“ gegen die Nationalsozialisten und deren Ermächtigungsgesetz: der Sozialdemokrat Siegfried Aufhäuser.

Foto: Foto: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung

Olympiastadion und Hertha BSC gehören zusammen

Senat und Hertha BSC prüfen nun gemeinsam, wie das Olympiastadion zu einer reinen Fußballarena umgebaut werden kann

Große Aufregung gab es, als Hertha BSC die Pläne für ein neues Fußballstadion vorstellte. Am liebsten würde Hertha, so hieß es, neu neben dem Olympiastadion im Olympiapark bauen. Wenn der Senat das nicht unterstütze, müsse Hertha eben nach Brandenburg ausweichen.

Mit dieser angeblichen Alternativlosigkeit wollte sich die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf nicht abfinden und forderte unmitelbar nach Bekanntwerden der Hertha-Pläne, dass der Senat nicht zulassen dürfe, dass das Olympiastadion zukünftig zur reinen Touristenattraktion verkomme und Hertha BSC mit einer Machbarkeitsstudie zum Stadio-

tigen Sportanlagen durch den Bau eines neuen Fußballstadions neu strukturiert sowie das Gelände in seinem einmaligen historischen Charakter vollkommen verändert.

Das Bedürfnis nach einer atmosphärisch dichteren Fußballarena erkannte aber auch die Bezirks-SPD an und forderte, das Olympiastadion im Inneren so umzubauen, dass es den Ansprüchen an eine reine Fußballarena entspricht – ohne die Außenansicht in seiner einzigartigen historischen Art zu verändern. Gleichzeitig soll der Jahn-Sportpark als das Berliner Leichtathletik-Stadion saniert werden.

Das renommierte Architekturbüro gmp wurde von Hertha BSC mit einer Machbarkeitsstudie zum Stadio-

numbau beauftragt. Und siehe da: Es geht! Wie erklärt, wollen jetzt der Regierende Bürgermeister Michael Müller, Sportsenator Andreas Geisel und Hertha-Präsident Werner Gegenbauer gemeinsam die Realisierung prüfen. Ein guter Plan für eine Zukunft des Olympiastadions als Heimat für den Verein Hertha

BSC, der in diesem Jahr 125-jähriges Bestehen feiert.

Die anstehenden Detailplanungen werden hoffentlich zeigen, dass am Ende alle Interessen im Olympiastadion gebündelt werden können und das Stadion weiter der Ort für den Berliner Hauptstadtfußball bleibt.

RD



Das Olympiastadion soll Spielstätte von Hertha BSC bleiben.

TERMINE SWEN SCHULZ

Swen Schulz ist am **Dienstag, 18. Juli ab 18.00 Uhr für Tür-zu-Tür-Gesprächen** in der Jungfernheide unterwegs.

Anschließend kann man ihn beim **Stammtisch** im „Unser Eckchen“, ab **20.00 Uhr**, am Goebelplatz 10, 13627 Berlin, treffen.

TERMINE TIM RENNER

Tim Renner, SPD-Kandidat für Charlottenburg-Wilmersdorf ist am **Dienstag, 11. Juli beim Terrassenfest** der SPD-Neu-Westend, an den Stadionterrassen am Olympiastadion, Jesse-Owens-Allee 2, 14053 Berlin, ab **18.30 Uhr**, anzutreffen. Kommen Sie doch vorbei.

IMPRESSUM

Berliner Stadtblatt

Wissenswertes aus Berlin und den Bezirken (Seite 1 unten, 3, 4, 5, 6)

Herausgeber:

SPD-Landesverband Berlin
Landesgeschäftsführerin Annett Seltz (V.i.S.d.P.),
Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Redaktion der Landeseiten:

Christina Bauermeister, David Hiller,
Ulrich Horb, Birte Huizing, Gunter Lange,
Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen

Rätselestellung: Ulrich Schulte Döinghaus
Grafik: Hans Kegel, Charly HallBezirksseiten Charlottenburg-Wilmersdorf
(Seiten 1 oben, 2, 7 und 8)

Herausgeber:

SPD Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
V.i.S.d.P.: Robert Drewnicki

In dieser Ausgabe schreiben für Sie:

Nuriya Alin (NA)
Franziska Becker, MDA (FB)
Yves Clairmont (YC)
Florian Dörstelmann, MDA (FD)
Robert Drewnicki (RD)
Michael Groys (MG)
Frank Jahnke, MDA (FJ)
Bezirksbürgermeister
Reinhard Naumann (RN)
Ulker Radziwill, MDA (UR)
Tim Renner (TR)
Swen Schulz, MdB (SwS)
Lothar Saßen (LS)
Dr. Friederike Storch (FS)

Chefredaktion:

Robert Drewnicki
Isabel Herrmann

Kontakt zur Bezirksredaktion:
presse@spd-citywest.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH